

15.04.2009 - 11:00 Uhr

PwC-Studie "Back to the 'domestic' future - From strategic expansion to rapid contraction in financial services M&A in EMEA" - M&A in der Finanzbranche: Regierungen geben Ton an

Zürich (ots) -

Das Transaktionsvolumen im europäischen Finanzdienstleistungssektor fiel im Jahr 2008 auf 178 Milliarden EUR (2007: 208 Milliarden EUR). Die Anzahl privater M&A verringerte sich um 65 Prozent, was einen Rückfall unter das Niveau des Jahres 2005 bedeutet. Die inländischen Transaktionen betragen im vergangenen Jahr mit 137 Milliarden EUR (2007: 76 Milliarden EUR) 81 Prozent des Gesamtvolumens. Internationale Transaktionen fielen um 69 Prozent auf 41 Milliarden EUR (2007: 132 Milliarden EUR). Das Gesamtvolumen der Bankentransaktionen stieg auf 152 Milliarden EUR (2007: 140 Milliarden EUR). Der stärkere Einfluss von Regierungen auf die Banken wird die Charakteristik von M&A-Transaktionen weiterhin prägen. In der Schweiz fanden im Jahr 2008 Transaktionen mit einem Gesamtvolumen von 2,4 Milliarden EUR statt. Zu diesen Erkenntnissen kommt die Studie "Back to the 'domestic' future - From strategic expansion to rapid contraction in financial services M&A in EMEA" von PricewaterhouseCoopers.

Der Gesamtwert der Transaktionen im europäischen Finanzdienstleistungssektor verringerte sich im Jahr 2008 auf 178 Milliarden EUR (2007: 208 Milliarden EUR). Mehr als 50 Prozent oder zwölf der Top-20-Deals fanden im Zusammenhang mit (Teil-)Verstaatlichungen von Finanzunternehmen oder strategischen Beteiligungen von Regierungen statt. Die Anzahl privater Transaktionen verringerte sich im Jahr 2008 um 65 Prozent und fällt somit unter das Niveau des Jahres 2005. "Besonders das massive Eingreifen von Regierungen hat in Europa die Art der Fusionen und Übernahmen enorm beeinflusst", sagt Philipp Arnet, Director Wirtschaftsberatung/Corporate Finance bei PricewaterhouseCoopers Schweiz. "Bei den aktuellen Transaktionen geht es nicht mehr um schnelles Wachstum, die Erschliessung neuer Märkte oder das Streben nach Spitzenpositionen; in vielen Fällen handelt es sich vielmehr um regelrechte Rettungsaktionen."

Bankensektor dominierte

Die Dominanz von staatlichen Beteiligungen sorgte im Jahr 2008 für eine eindrucksvolle Trendumkehr: Statt mehr grenzüberschreitender Aktivitäten stehen nun inländische Transaktionen im Vordergrund. Die Inlandtransaktionen betragen im Jahr 2008 mit 137 Milliarden EUR (2007: 76 Milliarden EUR) 81 Prozent des Gesamtvolumens. Internationale Transaktionen fielen im Jahr 2008 um 69 Prozent auf 41 Milliarden EUR (2007: 132 Milliarden EUR). Der Bankensektor dominierte das M&A-Handelsgeschehen im Jahr 2008 stark. Das Gesamtvolumen stieg auf 152 Milliarden EUR (2007: 140 Milliarden EUR). Immens war hier der staatliche Einfluss mit einem Anteil von 104 Milliarden EUR (68 Prozent). Im Gegensatz zum Bankensektor ging es beim Transaktionsvolumen der Versicherer und Vermögensverwalter steil bergab: Transaktionsvolumen von elf Milliarden EUR (2007: 45 Milliarden EUR) in der Versicherungsbranche und fünf Milliarden EUR (2007: 13 Milliarden EUR) im Bereich Vermögensverwaltung. "Die Finanzkrise wird auch im laufenden Jahr die Fusionen und Übernahmen in der europäischen Finanzbranche prägen", kommentiert Philipp Arnet. "Die ungewissen Auswirkungen staatlicher und regulatorischer Interventionen werden die Rahmenbedingungen für M&A-Transaktionen

noch bis ins Jahr 2010 prägend beeinflussen."

Nach Sicherheit und Kontinuität streben

56 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass die M&A-Aktivitäten im Jahr 2009 stagnieren oder zurückgehen werden. Das Ausmass der Interventionen von Regierungen wird zu einer wesentlichen strategischen Repriorisierung im Finanzsektor führen. 87 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Finanzinstitute im Jahr 2009 eher ihre Vermögenswerte veräussern denn neue Investitionen tätigen werden. "Das Streben nach Sicherheit und Kontinuität wird aller Voraussicht nach das Jahr 2009 prägen", prognostiziert Philipp Arnet. "Zudem werden neue Herausforderungen auf die Unternehmen zukommen - so etwa die Aufgabe, bei einem Kauf oder Verkauf die Steuerzahler und Politiker zu überzeugen."

Investitionen durch Staatsfonds und Private-Equity-Gesellschaften erwartet

Auch die Staatsfonds und die Private-Equity-Branche hatten im Jahr 2008 unter der Krise gelitten. Diese Investoren verfügen allerdings nach wie vor über erhebliche Kapitalreserven. 66 Prozent der Befragten gehen deshalb davon aus, dass die historisch tiefen Aktienkurse von Banken und Finanzdienstleistungsunternehmen im laufenden Jahr zu einer verstärkten Investitionstätigkeit durch Staatsfonds und Private-Equity-Gesellschaften führen werden.

Die Studie kann als PDF-File bei Claudia Sauter bezogen werden.

Kontakt:

Philipp Arnet
Director Wirtschaftsberatung,
Corporate Finance
PricewaterhouseCoopers Schweiz
E-Mail: philipp.arnet@ch.pwc.com

Claudia Sauter
Communications Senior Manager
PricewaterhouseCoopers Schweiz
E-Mail: claudia.sauter@ch.pwc.com

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100008191/100581222> abgerufen werden.